

# Fünf neue Fächer an den Berufsschulen

## Ausschuss berät über Ausbildungswege und Darlehen

Von unserem Redakteur  
Horst Frey

**LANDKREIS.** Zum kommenden Schuljahr 2008/09 sollen an den Berufsbildenden Schulen Osterholz-Scharmbeck (BBS) fünf neue Schulformen eingeführt werden. Darüber wird der Schulausschuss des Landkreises in seiner Sitzung am Donnerstag, 15. Mai, beraten.

Außerdem stehen Darlehen für Schulen in Buschhausen Ihpohl, Ritterhude und Schwanewede auf der Tagesordnung der Sitzung, die um 14.30 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses Osterholz-Scharmbeck beginnt.

Die Berufsgrundbildungsjahre Metalltechnik, Fahrzeugtechnik und Elektrotechnik sollen ab dem kommenden Schuljahr aus dem Bildungsangebot der BBS gestrichen werden. Dafür gibt es fünf neue Schulformen. Darüber soll beraten werden. Der Schulvorstand der Berufsbildenden Schulen Osterholz-Scharmbeck und der Schulbeirat haben sich bereits einhellig dafür ausgesprochen. Auch die Innungen haben dem zugestimmt. Demnach ist geplant, eine zweijährige Berufsfachschule Kaufmännische Assistentinnen beziehungsweise Assistent für Wirtschaftsinformatik einzurichten. Voraussetzung ist ein Realschulabschluss.

Weiterhin sind für Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss die vier Berufsfachschul-Richtungen Pflegehilfe, Elektrotechnik, Fahrzeugtechnik und Metallbautechnik geplant. In den drei technischen Berufsfachschulen Elektro-, Fahrzeug- und Metallbautechnik werden als Eingangsvoraussetzungen Zusagen für Praktika in Firmen gefordert. Demnach müssen die Bewerber einen Vertrag mit einem Betrieb über einen Praktikantenplatz vorweisen.

In der Vorlage zur Schulausschusssitzung heißt es in einer Anlage der BBS: „Nach erfolgreichem Abschluss wird die Ausbildung

im zweiten Jahr fortgesetzt. Dazu soll im Verlauf des Praktikums ein Vorvertrag mit dem Praktikumsbetrieb abgeschlossen werden.“

Am Ende der Ausbildung kann der Realschulabschluss erworben werden. Überdies wird in den fünf neuen Schulformen ein schulischer Berufsabschluss erreicht. Für die BBS selbst ändert sich offenbar wenig: „Durch die Einführung der neuen Schulformen werden im Gebäude der Berufsbildenden Schulen in Osterholz-Scharmbeck kein zusätzlicher Raumbedarf und keine zusätzlichen Kosten entstehen“, heißt es in der Sitzungsvorlage.

Bei den Tagesordnungspunkten sechs bis 18 geht es um die Darlehen aus der Kreis schulbaukasse, die für Schulen gewährt werden sollen. Die Versammlung wird darüber beraten. Im Einzelnen handelt es sich um ein Darlehen von rund 170 000 Euro an die Stadt Osterholz-Scharmbeck für die Sanierung der Mensa im Schulzentrum Buschhausen und um etwa 85 000 Euro für Sanierungsmaßnahmen an der Grundschule Ritterhude. Rund 187 000 Euro Darlehen gibt es für den Umbau und die Sanierung der dortigen Riesschule. Darlehen in Höhe von rund 48 000 Euro vergibt der Landkreis für Reparaturen an der Grundschule Ihpohl und etwa 11 000 Euro für die Grundschule Platjenwerbe.

Weiterhin sollen für folgende Schulen in Schwanewede Darlehen gewährt werden: 209 000 Euro für die Kooperative Gesamtschule, 53 000 Euro für das Sportzentrum der Kooperativen Gesamtschule, 27 000 Euro für die Dreienkampfschule, 19 000 Euro für die Grundschule Meyenburg und 18 000 Euro für deren Turnhalle, 31 000 Euro für die Grundschule Neuenkirchen, 159 000 Euro für die Heideschule sowie 40 000 Euro für deren Turnhalle.

Unter Punkt drei der Tagesordnung wird die Schulleiterin des Gymnasiums Ritter-



Die Berufsbildenden Schulen Osterholz-Scharmbeck sollen fünf neue Ausbildungsfächer bekommen. Der Schulausschuss wird am 15. Mai darüber beraten. Das neue Bildungsangebot soll nicht mit Mehrkosten verbunden sein.  
FOTO: HORST FREY

hude dem Ausschuss über die Schulinspektion und eine weitere Nachinspektion berichten. Demnach gibt es 16 Qualitätskriterien mit rund 100 Teilkriterien eines Qualitätsprofils, nach der die Unterrichtsqualität

bemessen wird. Auch der Schulleiter einer Förderschule in Lilienthal wird gehört.

Für den Ostkreis mit den Gemeinden Grasberg, Lilienthal und Worpswede hat die SPD einen Antrag gestellt: Die Verwal-

tung möge ein Konzept für die künftige Schulentwicklungsplanung erstellen. Es geht um die stark rückläufigen Anmeldungen für Hauptschulen nach der Abschaffung der Orientierungsstufe.